Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 130 (1964)

Heft: 10

Artikel: Zurück zur Strategie! : Konsequenzen des neuen Kriegsbildes für die schweizerische Landesverteidigung

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-41449

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

holungs- und Kaderkurse darstellt. Es gibt auch heute noch Milizoffiziere, die für die Bekleidung hoher Posten über die notwendigen Voraussetzungen verfügen und daher auch mit Recht Berücksichtigung finden.

Andererseits gilt es vermehrt zu berücksichtigen, daß die militärische Karriere des Berufsoffiziers Bestandteil seiner beruflichen Existenz und nicht Nebenbeschäftigung oder Hobby ist. Die Tatsache, daß der Berufsoffizier auf eine politische oder wirtschaftliche Stellung weitgehend verzichtet und verzichten muß, darf ihm nicht zum Nachteil gereichen, ebenso wenig wie die Tatsache, daß er keine Möglichkeit hat, seine beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Konkurrenz anzubieten, wie dies in den meisten andern Berufen ist.

Unsere Milizarmee ist mehr denn je auf ein gut qualifiziertes Instruktionskorps angewiesen. Der heute vorhandene Mangel an Instruktionsoffizieren stellt die Erfüllung der ihnen zufallenden Aufgaben geradezu in Frage. Da jedoch die Stellung des Instruktionsoffiziers derart komplex gelagert ist, kann nur eine besondere Lösung in bezug auf die Fragen der Ausbildung, Anstellung und Verwendung zum Ziel führen. Eine solche Lösung zu finden und tatkräftig an die Hand zu nehmen drängt sich in der heutigen Situation im Interesse unserer Armee auf. Wa.

Zurück zur Strategie![1]

Konsequenzen des neuen Kriegsbildes für die schweizerische Landesverteidigung

Hptm. i. Gst. Gustav Däniker

Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts und insbesondere seit dem zweiten Weltkrieg hat sich das schweizerische militärische Denken immer mehr von der Strategie entfernt. Dies nicht zuletzt darum, weil man Strategie als den hohen Begriff auffaßte, welcher den «Sieg» und die «Vernichtung des Gegners» gewährleisten sollte; Ziele, die zu erreichen sich ein Kleinstaat je länger desto weniger getraute.

Man ist versucht, hier von einer eigentlichen Irreführung durch die klassische Theorie zu sprechen. Allgemein geht man bei uns von der Vorstellung aus, der Sieg könne nur dann als erfochten gelten, wenn die Streitmacht des Gegners vernichtet, sein Land erobert und sein Widerstandswille gebrochen sei, und der Begriff «Strategie» umfasse die Maßnahmen, welche diesen Zweck sicherstellen. In diesem Sinne freilich hat die Armee eines Kleinstaates auf strategischer Ebene keine Aussicht auf Erfolg. Aber man vergißt dabei die weitere Erkenntnis, daß der Krieg in der Wirklichkeit sich von seinem ursprünglichen Begriff oft sehr weit entfernt. Ein beschränktes Kriegsziel kann auch eine beschränkte Strategie hervorrufen, die dennoch ihren Namen verdient. Wenn es beispielsweise das Ziel eines Landes ist, den status quo aufrechtzuerhalten, so sind alle dazu dienenden Handlungen und Vorbereitungen – wie wir noch zeigen werden, sogar im Frieden – strategische Maßnahmen. Die Strategie ist also keine quantitative Größe, sondern sie hängt in erster Linie vom Kriegsziel ab. Nun ist es jedoch gerade um die Definition der schweizerischen Kriegsziele nicht zum besten bestellt. Einigkeit herrscht zwar darüber, daß das Wichtigste bereits erreicht ist, wenn wir nicht angegriffen werden. In diesem Sinne hat die Schweiz – von ihrem Standpunkt aus betrachtet – sowohl den ersten wie den zweiten Weltkrieg gewonnen. Aber bereits 1939 bis 1945 erhielten wir einen Vorgeschmack einer neuen Art äußerer Bedrohung, die ohne Waffengewalt rein durch politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Druck unsere weiteren Kriegsziele beängstigend gefährdete!

Letztere sind noch weniger klar herausgearbeitet. Grundsätzlich gilt wohl Artikel 2 der Bundesverfassung: «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen außen» nach wie vor, aber in jeder Lage war eine Präzisierung nötig und wurde mehr oder weniger gründlich vorgenommen. General Wille hatte «unser Land vor Mißachtung der Neutralität seitens der einen oder andern der kriegführenden Nachbararmeen zu bewahren und jeder Verletzung unserer Neutralität mit Waffengewalt entgegenzutreten[2]». Im zweiten Weltkrieg wurde das völkerrechtliche Prinzip, daß der Neutrale sein ganzes Staatsgebiet zu verteidigen habe, in der Weisung des Bundesrates an den General vom 31. August 1939 bekräftigt: «Sie haben den Auftrag, unter Einsatz aller geeigneten militärischen Mittel die Unabhängigkeit des Landes zu behaupten und die Unversehrtheit des Territoriums zu bewahren ...» Ein Auftrag, wie er bei einem Angriff während der Zeit der vollständigen Umzingelung nicht hätte erfüllt werden können, als die Armee das Mittelland preisgab, um sich einer raschen vollständigen Zerschlagung durch übermächtige Feindkräfte zu entziehen.

Nun hat aber gerade dieses Zurückweichen vom Auftrag, dieses «Reduiterlebnis», besonders stark und in mehrfacher Hinsicht auf die schweizerische Wehrpsychologie eingewirkt. Einerseits wurde der von der Armee bezogene Zentralraum zum Symbol eines erfolgreichen Widerstandes, selbst bei der Bevölkerung, deren Preisgabe an den Feind eben durch diesen Reduitbezug eingeleitet war. Man hatte erfahren, daß die Abschreckung des Gegners offenbar nicht allein von der Fähigkeit herrührt, Bevölkerung und Territorium wirklich zu schützen. Anderseits kamen viele angesichts der Überlegenheit moderner Angriffswaffen, insbesondere der Luftkriegsmittel, zum Schluß, daß eine integrale Verteidigung von Volk und Land nicht mehr möglich sei, und es schließlich nur noch darum gehen könne, die politische Schweiz zu schützen, was so lange gewährleistet sei, als irgendwo am Gotthard noch eine Schweizer Fahne wehe.

Beide Auswirkungen dieses Erlebnisses – das Vertrauen in die natürliche Gebirgsbastion, die einen Gegner vom Angriff auf unser Land abhalte, sobald sie nur einigermaßen besetzt sei, sowie die Einsicht, daß es unter dem Druck der feindlichen Überlegenheit damals unbestrittene Notwendigkeit war, zurückzuweichen – haben die Entwicklung unseres militärischen Denkens seit dem zweiten Weltkrieg unheilvoll beeinflußt, indem die Zielsetzung der schweizerischen Landesverteidigung Diskussionsobjekt blieb, ohne den neuen Gegebenheiten eines möglichen Atomkrieges angepaßt und festgelegt zu werden.

★

Als vor bald zwanzig Jahren die ersten beiden Atombomben über japanischen Städten explodierten, ist der Krieg um eine Dimension erweitert worden. Nicht allein deswegen, weil die Steigerung der Feuerkraft Potenzen betrug, sondern weil eine

[1] Aus: «Si vis pacem». Festschrift für Georg Züblin zum 60. Geburtstag. Huber & Co. AG, Frauenfeld 1964. Buchbesprechung in ASMZ Nr. 9/1964, S. 613.

[2] Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18, vorgelegt von General U. Wille, Zürich 1919, S. 14.

Entwicklung eingeleitet war, die mit der Erfindung der Megatonnenbomben und der Bereitstellung von Trägersystemen mit praktisch unbegrenzter Reichweite folgende neue Elemente der Auseinandersetzung zwischen den Völkern schuf:

1. Die praktisch unbegrenzte Zerstörungskraft, die der Mensch entfesseln kann.

2. Die zeitlich und örtlich dauernd – in jedem Augenblick – bestehende Gefahr.

3. Die Möglichkeit, ein Land zu vernichten, ohne vorher seine Streitkräfte vernichtet oder ausgeschaltet zu haben[2].

Damit bieten sich den Mächten, die über die notwendigen Mittel verfügen, ganz neue Methoden an, um den Willen des Gegners zu brechen beziehungsweise um ihn auszuschalten.

Das schweizerische militärpolitische Denken hat von dieser ungeheurlichen Erweiterung des Krieges, die erst allmählich evident wurde, aber seit V2 und Hiroshima mindestens vorauszusehen war, nur widerwillig Kenntnis genommen. Zunächst stand man dem Phänomen der Atombombe reichlich ratlos gegenüber. Noch unsere heute gültige «Truppenführung» von 1951 beschränkt sich auf folgende Bemerkungen: «In der Hauptsache zum Einsatz gegen große Bevölkerungszentren oder ausgedehnte Industrieanlagen bestimmt, kann doch auch ihre Verwendung gegen Truppenkonzentrationen oder Festungsbesatzungen in Frage kommen. Der Abwurf in der Nähe eigener Truppen ist hingegen mit Rücksicht auf deren Gefährdung ausgeschlossen. Bei der Annäherung in ein Gebiet, in dem eine Atombombe abgeworfen ist, verhält sich die Truppe wie bei Abwurf radioaktiver Substanzen[3].»

Auch den «ferngelenkten Geschossen» ging es in der «Truppenführung 1951» nicht viel besser: «Die Truppe verhält sich ihnen gegenüber wie bei einem Fliegerbombardement[4].»

Der übrige Text ist von Reflexionen über diese bereits vorhandenen beziehungsweise in einem vorgerückten Entwicklungsstadium befindlichen Kampfmittel unbelastet.

Erst nachdem in den USA die ersten Atomexplosionen in Gegenwart von Truppen stattgefunden hatten und 1953 die erste Atomkanone mit Erfolg abgefeuert wurde, begann man sich auch bei uns mit dieser Neuerung der Kriegstechnik intensiv auseinanderzusetzen. Die Atombombe war aus dem strategischen in den taktischen Bereich herabgestiegen und deshalb auch für uns «diskussionsfähig» geworden. Zahlreiche Überlegungen und Studien in dieser Frage führten schließlich zu den Armeereformprojekten, die äußerlich auf einer fundamentalen Gegensätzlichkeit der Beurteilung der Atomwaffenwirkung beruhten. Parallel mit und teilweise im Gefolge der internationalen Diskussion kam eine Mehrheit unserer Militärs zum Schluß, daß die neue Feuerkraft das Vorwärtskommen der Stoßelemente begünstige, während eine Minderheit die vergrößerte Feuerwirkung als lähmendes Element für eine operative Kriegführung betrachtete und den Standpunkt vertrat, es gelte vor allem das Atomfeuer zu überleben, damit man überhaupt noch kämpfen könne. Die Gedanken der ersten Gruppe hatten zweifellos für sich, daß einer Armee ohne Atomwaffen vom atombewaffneten Gegner das Handeln aufdiktiert werden kann und daß Durchbrüche durch Fronten aller Art nur eine Frage der zur Verfügung stehenden Kaliber und Sprengkörper sind. Die Vertreter der zweiten Gruppe waren mit ihrer Theorie des «Überlebens» aber mindestens auf einen sehr wichtigen Punkt gestoßen. Hier wurde das Ausgeliefertsein an eine völlig neue Bedrohung berührt, das im größeren strategischen Bereich die radikale Wandlung des Kriegsbildes eingeleitet hatte.

Wir nannten diesen Gegensatz einen äußerlichen; er war es darum, weil es noch einen viel tieferen Gegensatz gab, der auch heute nicht überwunden ist! Die Mehrheit sah die Notwendigkeit einer eigentlichen Verteidigung des Landes im Zeitalter des totalen Krieges und namentlich im Hinblick auf die Folgen einer allfälligen Besetzung unseres Gebietes ein. Für sie gilt es, das schweizerische Territorium zu behaupten, um den Schutz der Bevölkerung vor dem Zugriff des Feindes sicherzustellen. Somit sind die angreifenden Feindkräfte zu zerschlagen oder über die Grenze abzudrängen. Die Minderheit, welche nicht vom Ziel, sondern von unserem mutmaßlichen Vermögen ausging, wollte sich mit weniger begnügen. Es ging ihr nicht um die Verteidigung des Territoriums, sondern um einen Abnützungskampf um Zeitgewinn, nicht um den Schutz der Bevölkerung, sondern einzig um die möglichst lange Erhaltung einer politischen Schweiz. Natürlicherweise neigte deshalb die Mehrheit eher dazu, den Angriff auf die Schweiz im Rahmen eines allgemeinen Angriffs gegen Europa zu betrachten, während die Minderheit den sogenannten «schlimmsten» Fall, das heißt denjenigen einer völligen Einkreisung wie zwischen 1940 und 1944, ins Auge faßte.

Der Bundesrat und mit ihm das Parlament folgten im Grundsätzlichen eindeutig der Mehrheit, während im Materiellen eine ausgewogene Zwischenlösung angestrebt wurde. «Die Armee als Hilfsmittel des Staates», so heißt es in der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres vom 30. Juni 1960, «hat die Unabhängigkeit des Landes sowohl direkt wie auch indirekt sicherzustellen. Das geschieht auf zwei Wegen.

a) Abschreckung eines allfälligen Gegners, überhaupt die Feindseligkeiten mit uns aufzunehmen.

b) Sofern es zu Feindseligkeiten kommt, durch militärische Kampfhandlungen die Unabhängigkeit des Staates und die Integrität seines Gebietes zu behaupten.

Beide Wege führen zu den gleichen Folgerungen . . .[5]»

Die Botschaft des Bundesrates hatte den Grundsatz der Verteidigung des Territoriums damit klar etabliert; sie bewies indessen nicht nur mit den zitierten Sätzen, sondern auch in ihren weiteren grundsätzlichen Ausführungen, daß sie sich nur auf die operative Kriegführung gegen unser Land einstellte. Die übrigen Kriegsformen, wie zum Beispiel der subversive Krieg, wurden kaum erwähnt oder, wie zum Beispiel die Vernichtung unserer Bevölkerung durch Fernbeschuß mit Atom- und Wasserstoffwaffen, als theoretisch denkbare, aber höchst unwahrscheinliche Lösung abgetan[6]. Daß aber bereits diese theoretische Möglichkeit die nukleare Erpressung wirksam macht, wurde nicht berücksichtigt.

Die Abneigung vor allzu zugespitztem theoretischem Kalkül, welche sich so manchmal in unserer Geschichte als richtig erwiesen hat, verhinderte diesmal nicht nur extreme Lösungen wie den Übergang zu einer ausschließlichen Partisanenarmee beziehungsweise zu einer hochbeweglichen Elitestreitmacht von wenigen Heereseinheiten, sie verhinderte leider auch eine exakte Analyse der Wandlung des Krieges.

Letzteres scheint uns aber gerade der Punkt, wo das Denken hätte einsetzen müssen. Die Botschaft war in sich geschlossen richtig, aber war es wirklich erlaubt und möglich, im Jahre 1960, zehn Jahre nach der Erfindung der Wasserstoffwaffen und einige

[2] Siehe Raymond Aron, Le grand Débat, Paris 1963, p. 208 ff.
[3] TF, Ziffer 198.
[4] TF, Ziffer 197.
[5] Botschaft S. 3.
[6] Botschaft S. 4.

Jahre nach der Entwicklung weittragender Ferngeschosse – bereits kontinentale Reichweiten stellen für uns eine tödliche Bedrohung dar – mit der Beurteilung der operativen Probleme aufzuhören? Merkwürdigerweise setzte die Opposition nicht an diesem Punkte an – oder begreiflicherweise? Niemand wollte in den Geruch des Defaitismus geraten, indem er Fragen aufwarf, ohne eine entsprechende Lösung präsentieren zu können. Im weiteren fehlte eine Morphologie der Kriegsformen und dementsprechend auch eine Definition der hauptsächlichsten und wahrscheinlichsten Bedrohungen. Nicht zuletzt hatte man sich auch so an die Beschränktheit unserer Mittel gewöhnt, um sich ein weiteres Mal mit der an sich richtigen Überlegung zu trösten, auch eine Armee, die nicht über alle modernen Waffen verfüge, könne den Abschreckungswert erreichen[7]. Man könne sich kaum eine militärpolitische Lage denken, die einen Abwurf von Wasserstoffbomben in großer Zahl, das heißt zur Vernichtung von Volk und Armee, für einen Gegner «auch nur annähernd als sinnvoll erscheinen ließe, weder aus der derzeitigen Konstellation noch aus einer vielleicht später anders beschaffenen Mächtegruppierung heraus»[8].

Wir glauben, daß die Truppenordnung 1961 einen notwendigen und wichtigen Fortschritt unserer Landesverteidigung darstellt. Es war richtig, sich geistig von der Reduitverteidigung loszumachen und materiell den Anspruch auf Führung des Kampfes um das gesamte Staatsgebiet und auf den Kampferfolg wieder anzumelden. Es war richtig, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen diese Kampfführung bei weiterem materiellem Ausbau der Armee möglich werden wird. Es war richtig, nicht vor den Gespenstern der Kleingläubigen – kein Geld, keine Mittel – zu kapitulieren. Es war vielleicht politisch richtig, diesen Schritt in die Wege zu leiten, ohne die größere Problematik heraufzubeschwören, für die man begreiflicherweise keine Lösungen bei der Hand hatte.

Aber wir glauben auch, daß es in Zukunft unsere Aufgabe sein muß, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Das eine: die Durchführung der Truppenordnung 1961 im Zuge des ständigen Ausbaus der nach wie vor notwendigen, starken konventionellen Verteidigung; das andere: die Suche nach einer Antwort auf die neuen Herausforderungen des Krieges.

*

Die oben aufgezählten drei Elemente des neuen Kriegsbildes (praktisch unbegrenzte Zerstörungskraft, dauernde Gefahr, Vernichtungsmöglichkeit der Bevölkerung, bevor noch ein eigentlicher Kampf ausgetragen wurde) bedrohen auch die Schweiz. Unsere Armee, die vielen anderen Bedrohungen gegenüber nach wie vor wirksam ist, schützt nicht vor dieser größten Gefahr, deren Abwehr unendlich schwierig erscheint. Dies gilt indessen nicht nur für uns. Es ist hinreichend bekannt, daß auch das Ausland vor kaum lösbaren Problemen steht: Der Angriff ist stärker als die Verteidigung. Eine ausreichende Abwehr von Fernwaffen mit Wasserstoffsprengköpfen an Bord ist nirgends gefunden, vielleicht wird sie nie gefunden werden können. Auf der anderen Seite kann auch ein gutausgebauter Zivilschutz die Verluste nur herabmindern; die Katastrophe, die ein kleines Volk vernichten könnte, vermöchte er nicht abzuwenden.

Glücklicherweise, muß man sagen, sind die Superwaffen heute in den Händen von zwei einander feindlich gesinnten Mächten. Über dieses «atomare Patt» beziehungsweise über die «Pax atomica», die dadurch entsteht, ist schon viel geschrieben worden. Militärs, Wissenschafter und Techniker haben sie von allen Seiten her beleuchtet. Hier genügt es, die folgenden Elemente dieses Zustandes zu erwähnen:

- Selbst die Großmächte scheinen vor dem allgemeinen Atomkrieg den größten Respekt zu hegen. Sie haben, um ihn zu verhindern, nicht nur Demütigungen in Kauf genommen, die früher zweifellos einen Kriegsgrund dargestellt hätten, sie haben sich auch gegenseitig angenähert, um das Schlimmste zu verhüten. Die direkte Telephonverbindung zwischen Washington und Moskau, der Testbann, der nicht zuletzt dazu dienen soll, die Ausbreitung von Kernwaffen zu verhindern, sind Fortschritte einer neuen Vernunft. Ob ihnen weitere Schritte, welche uns der Sorge entheben, folgen werden, ist freilich zweifelhaft. Wir können nicht darauf abstellen.
- Das atomare Gleichgewicht kann gewaltsame Auseinandersetzungen nicht verhindern; brechen sie in besonderen Interessengebieten aus, besteht die Gefahr der Eskalation auf eine höhere Stufe, vom lokalen Krieg zum allgemeinen Atomkrieg.
- Das atomare Gleichgewicht ist an sich labil. Ins Schwanken geraten kann es infolge von Durchbrüchen in der Waffentechnik, die eine Seite zur Vermutung berechtigen, entweder im Angriff oder in der Abwehr entscheidende Fortschritte erzielt zu haben. Ins Schwanken geraten kann es aber auch infolge von Machtverschiebungen, sei es, daß weitere Mächte sich Atom- und Wasserstoffwaffen sowie weitreichende Träger verschaffen, sei es, daß Koalitionen auseinanderbrechen oder sich verändern.
- Atomwaffen sind bündnisfeindlich. Es ist in der Tat wenig wahrscheinlich, daß ein Staat seine völlige Vernichtung auf sich nimmt, um die Interessen eines anderen Staates zu schützen. Frankreich verfolgt auf Grund solcher Überlegungen eine vor der Nato unabhängige Atompolitik; China strebt eine eigene Atommacht an.
- Die heutigen Machtverhältnisse sind also kaum dauerhaft; zu glauben, daß es auch nach zwanzig Jahren nur eine einzige Front quer durch Europa geben werde, ist wenig weitblickend. Wir können uns kaum vorstellen, daß die Spannungen in dieser Zeit kleiner werden, wir haben aber allen Grund, anzunehmen, daß mehr Staaten als heute über Atomwaffen verfügen werden.

Die Schweiz muß die Zielsetzung ihrer Landesverteidigung vor diesem Hintergrund überprüfen. *Bewahrung der Unabhängigkeit* und *Behauptung des Territoriums* entsprechen unbestrittenermaßen nach wie vor unserer Politik. Dazu kommt nun aber als neues, sich aus der verschärften Bedrohung ergebendes Postulat: *der Schutz der Bevölkerung vor der Vernichtung*. Letztere ist möglich, ohne daß ein feindlicher Soldat unsere Grenzen überschreitet, ohne daß ein bemanntes Flugzeug unser Gebiet überfliegt. Aber nicht nur damit müssen wir uns befassen. Viel wahrscheinlicher als die effektive Vernichtung unserer physischen Existenz ist die Drohung mit dieser Vernichtung, vielleicht unterstützt durch Terrorakte, die uns beweisen, daß der Gegner fähig und gewillt ist, bis zum Äußersten zu gehen, wenn wir uns nicht beugen. Diese nukleare Erpressung würde heute wohl den gefährlichsten Angriff auf unsere Unabhängigkeit darstellen. Die Armee ist dazu erzogen, auch in aussichtsloser Situation durchzuhalten. Wäre aber auch unsere Regierung in der Lage, Zumutungen abzulehnen, wenn sie damit rechnen müßte, die teilweise oder sogar vollständige Vernichtung unseres Volkes mit ihrer Haltung herauszufordern?

Wir sind uns bewußt, daß solche Gedanken vielenorts als rein theoretisch angesehen werden. Aber so schwer vorstellbar es ist, daß wir einer solchen Bedrohung als einzelner Staat unterworfen würden, so wenig kann bestritten werden, daß der

[7] Botschaft S. 3.
[8] Botschaft S. 4.

«single out», das heißt das Herausbrechen einzelner Staaten aus einem Bündnis mit dieser Art Erpressung bereits versucht worden ist. Umgeben von einem atombewaffneten Frankreich, Italien oder Deutschland, würden wir im weiteren sicher augenblicklich erfahren, daß die Welt in Zukunft nur zwei Arten von Staaten kennen wird: solche, die mit Vernichtung und mit Vergeltung drohen können, und solche, die dazu nicht in der Lage sind. Dabei können wir uns auch nicht damit beruhigen, daß vorderhand Kleinstaaten ohne Bombe noch einen gewissen Spielraum in der politischen Handlungsfreiheit genießen, den Atommächte eingebüßt haben. Ihn zu unserem Vorteil nützen entspricht nicht unserer Außenpolitik.

*

Unsere drei Ziele,

Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit,
Behauptung unseres Territoriums,
Bewahrung der Bevölkerung vor Vernichtung,

in Zukunft zu gewährleisten, erfordert also gebieterisch, daß kein Krieg gegen uns ausbricht. Würde er in großem Stile ausbrechen, könnten weder unsere Armee noch unser Zivilschutz das dritte Ziel gewährleisten. Ja, auf dem Umweg über die Drohung mit Vernichtung hätte der Gegner einen Ansatzpunkt, um bereits unser erstes Streben, die Freiheit zu bewahren, aus den Angeln zu heben.

Wir kehren also scheinbar zur Botschaft zur Truppenordnung 1961 zurück: Es geht um die Abschreckung eines allfälligen Gegners, überhaupt die Feindseligkeiten mit uns aufzunehmen! Aber diese Rückkehr ist nur scheinbar, denn was auf dem Gebiete der operativen Kriegführung und namentlich der Landkriegführung unsere Armee an Abschreckung leistet, muß auf der höheren Ebene der atomaren Erpressung und der atomaren Vernichtung auf andere Art sichergestellt werden. Mit anderen Worten: Die oben zitierte Feststellung des Bundesrates: «Beide Wege führen zu den gleichen Folgerungen ...» trifft für den umfassenden Begriff des gewandelten Krieges nicht mehr zu! Eine moderne Landesverteidigung muß differenzierter sein! Es öffnet sich ihr – man kann das nur bedauern, aber nicht ändern – ein neues weites Feld der Überlegungen und Anstrengungen. Das Instrument, das auf der konventionellen Ebene die Abschreckung sicherstellt und zugleich eine hartnäckige, effektive Verteidigung unseres Territoriums garantiert, ist auf der atomaren Ebene kaum mehr wirksam. Wir müssen dies ganz klar sehen: Obwohl der Begriff der relativen Abschreckung auch heute bis zu einem gewissen Grad gültig ist, hat doch der Abschreckungswert unserer konventionellen Armee gegenüber einem Angreifer, der Atomwaffen einsetzen will und kann, keine wesentliche Bedeutung! Wer dies bezweifelt, unterschätzt wahrscheinlich die Wirkung von Atomwaffen bereits mittlerer Kaliber; er überschätzt aber ganz sicher die moralische Widerstandskraft eines Volkes, das sich ohne aktive Abwehrmöglichkeiten Vernichtungsschlägen größten Ausmaßes ausgeliefert sieht.

Im Kriege, so werden wir oft belehrt, macht man das, was man kann und nicht das, was man will! Dieser Satz hat zweifellos sein Wahres, er ist aber kein Rezept für die Verteidigungsvorbereitungen im Frieden. Wir kommen nicht darum herum, von unseren drei Kriegszielen ausgehend und die heutige Lage samt ihrer möglichen Entwicklung beurteilend, zu ermitteln, welche politischen und militärischen Maßnahmen sich aufdrängen, um die unseren Zielen entsprechende Strategie zu verwirklichen, eine «höhere Strategie» (Liddell Hart) freilich, wo politische und militärische Maßnahmen in gleicher Weise zählen.

Auf einen einfachen Nenner gebracht, ergeben sich für uns drei Möglichkeiten:

1. *Resignieren.* Dies scheint den beschränkten Möglichkeiten des Kleinstaates zu entsprechen. Wir tun, was wir können, bauen unsere konventionelle Armee und den passiven Schutz der Bevölkerung weiter aus und nehmen in Kauf, daß diese Maßnahme zwar für alle *konventionellen* Kriegsformen ein ausreichender Schutz, für alle *atomaren* Kriegsformen einschließlich die atomare Erpressung aber ungenügend ist. Wir können eine gewisse Hoffnung hegen, daß das atomare Patt sich stabilisiert und daß jeder Alleingang einer Großmacht gegen einen Kleinstaat auch für erstere eine Gefahr darstellt, mit anderen, stärkeren Mächten ebenfalls in Konflikt zu kommen.

Neben den spekulativen finden sich vor allem materielle Gründe, die für die Beschränkung auf eine eigenständige, konventionelle Verteidigung sprechen. Wenn unser Kleinstaat bereits heute die Grenzen seiner Kriegsvorbereitungen zu erreichen scheint, wie sollte er sich darüber hinaus noch auf die atomare Ebene wagen? Die Resignation scheint zwangsläufig. Wer aber dafür eintritt, muß ehrlicherweise eingestehen, daß er uns zumutet, in ständiger Unsicherheit zu leben, ob das Schlimmste nicht doch eintritt, und daß wir gegenüber einem atomaren Angriff uns weder mit gleichen Mitteln wehren noch mit Vergeltung drohen können.

2. *Ein Bündnis eingehen.* Dabei werden wir kaum etwas gewinnen, denn je länger desto fraglicher ist es, ob bei einer wirklichen Kraftprobe der starke Bündnispartner seine Sicherheit zugunsten des Schutzes kleinerer Mächte aufs Spiel setzt. Wir werden auch deswegen kaum etwas gewinnen, weil das bestehende Bündnissystem trotz all seinen Mängeln uns heute schon bis zu einem gewissen Grade schützt. Umgekehrt leisten auch wir einen Beitrag an die kollektive Verteidigung, indem wir den Zentralraum Europas wenigstens mit konventionellen Mitteln in einem beachtlichen Ausmaß decken. Dazu braucht es keine Absprachen. Würden wir ein Bündnis eingehen, so wäre wohl das erste Resultat der Verlust der militärischen sowie weitgehend auch der politischen Unabhängigkeit. Wir würden also gerade das preisgeben, was wir zu erhalten gesonnen sind. Dazu kommt noch das eine: Das Bündnis der westlichen Staaten macht eine Krise nach der anderen durch. Vielleicht würden wir gerade in dem Moment eintreten, in dem die Elemente der Desintegration die Oberhand gewännen. Es wäre weder unsere Aufgabe, noch läge es in unserer Macht, die Auflösung aufzuhalten. Wir wären aber mit allen Hypotheken der Mitgliedschaft belastet.

3. *Nach Möglichkeiten suchen, die Abschreckung auf die atomare Ebene auszudehnen.* Dies scheint der einzig richtige Weg. Mit Passivität wäre nichts gewonnen, vielleicht aber alles verloren. Der Eintritt in das Bündnis ließe uns ständig im Zweifel, ob dessen Machtmittel auch wirklich zu unserem Schutze eingesetzt würden. Umgekehrt brächte das Bemühen um eine wirklich eigenständige Verteidigung im Atomzeitalter ebenfalls nicht nur Schwierigkeiten materieller Art, sondern auch politische Probleme. Ein rascher und endgültiger Entscheid über unsere atomare Rüstung kann deshalb nicht getroffen werden, doch scheint uns dies ein zusätzlicher Grund, sich ernsthaft mit der Frage abzugeben.

*

Wenn wir von «*Ausdehnung der Abschreckung auf die atomare Ebene*» sprechen, so ist dies freilich noch nicht präzis genug. Auch hier lassen sich taktische und strategische Gesichtspunkte unterscheiden. Damit ein in die Schweiz einfallender Gegner zur Unterstützung seines Angriffs keine Atomwaffen einsetzt beziehungsweise damit seine Streitkräfte ebenfalls unter der Drohung atomarer Schläge operieren müssen, benötigen wir auf unserer

Seite relativ kleine atomare Kaliber, die der Verwendung im eigenen Lande angepaßt werden können, und Träger relativ geringer Reichweite, welche die Tiefe einer feindlichen Armee oder vielleicht sogar einer «Front» zu erreichen imstande sind. Der Besitz einer Anzahl solcher Waffen würde den Abschreckungswert unserer Landesverteidigung in einem begrenzten Atomkrieg zweifellos außerordentlich erhöhen. Wir wären unter Umständen der atomaren Erpressung ebenfalls weniger ausgeliefert, doch scheint das Bedenken angezeigt, daß eine atomare Verteidigung, deren Wirkung auf das eigene Land und dessen nähere Umgebung beschränkt bliebe, einem mit weitreichenden Fernwaffen und Wasserstoff-Sprengköpfen versehenen Gegner gegenüber kein entscheidendes Gewicht hätte. Hingegen würde eine politische Aufwertung der Schweiz nicht ausbleiben. Das könnte uns nicht nur angenehm sein und würde uns nicht ausschließlich Vorteile bringen. Wir hätten aber im Kriegsfall eine vielfach verbesserte Position, nicht nur was den eigenen Kampf anbetrifft, sondern auch in bezug auf die Bedingungen, die wir beim Eintritt in ein Bündnis stellen könnten.

Wir dürfen indessen nicht übersehen, daß Kriegsmittel, welche aus der Sicht des großen Ost-West-Konflikts als taktisch gelten, innereuropäisch oder, besser gesagt, im Verhältnis zwischen Nachbarstaaten durchaus strategische Bedeutung haben. Die französische Atommacht mag für die Sowjetunion noch auf lange Zeit hinaus eine «quantité négligeable» sein, von einem – sagen wir kommunistischen – Frankreich gegenüber der Schweiz zur Erpressung beziehungsweise zum Angriff eingesetzt, hätte sie wohl kriegsentscheidende Wirkung! Für Frankreich wiederum kann sie als Vergeltungsmittel zum entscheidenden Schutz gegen Angriffe auf höchster Ebene werden.

Diese relative Bedeutung strategischer Mittel kann nicht genug betont werden. Es geht auch für die Schweiz keineswegs darum, das internationale atomare Gleichgewicht zu stärken. Jedes schweizerische Atompotential – gleich welchen Umfang es in den nächsten Jahrzehnten auch annehmen könnte – wäre hiezu unnötig und würde rein quantitativ nicht ins Gewicht fallen. Bei einer schweizerischen Atomwaffe würde es sich einzig darum handeln, für uns selbst die Schwelle der Abschreckung massiv zu erhöhen. Es würde darum gehen, dem Erpresser oder Angreifer das Risiko einer Vergeltung entgegenstellen zu können, die für ihn einen untragbaren Schaden bedeuten würde, selbst wenn er zuvor die Schweiz vernichtend getroffen hätte. Oder wie es Aron ausdrückt: «... l'équilibre de la dissuasion n'exige pas l'égalité des forces nucléaires, il exige que le moins fort des duellistes possède des moyens de représailles suffisants et suffisamment invulnérables pour infliger, en deuxième frappe, des destructions que le plus fort tienne pour intolérables[9].»

So einfach diese Definition klingt und so richtig sie im Grunde genommen ist, niemand wird verkennen, welche Schwierigkeiten zu bewältigen wären, die verschiedenen Bedingungen einer strategischen Abschreckungsmacht zu erfüllen. Wird die Schweiz jemals in der Lage sein, ein ausreichendes Minimum an atomaren Waffen mit der benötigten Reichweite geschützt bereitzustellen? Welches wäre nach Kaliber, Anzahl Waffen und Eindringtiefe dieses Minimum, nachdem beispielsweise nie erprobt, sondern lediglich berechnet wurde, wie ein Atomschlag auf verbunkerte Raketenstellungen wirkt, und wir zweifellos auch kaum Gelegenheit hätten, Trägerwaffen und Explosionswirkung in der Luft zu testen? Wie groß wäre ein «ausreichendes Minimum», nachdem niemand sagen kann, was ein bestimmter Agressor als «untragbaren Schaden» betrachten würde? Und selbst wenn eine hinreichende Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen gelänge, würden wir die entsprechenden Kampfmittel überhaupt bereitstellen können?

Experten scheinen geneigt, diese letzte Frage zu bejahen. Jedenfalls scheinen die technischen und finanziellen Möglichkeiten gegeben. Aber die Grundvoraussetzung eines solchen Schrittes wäre der politische Wille der Mehrheit unseres Volkes, der neuen Herausforderung auf diese Weise zu begegnen. Er erfordert die Bereitschaft der Verantwortlichen, manchen Vorwurf und manches Mißverständnis auf sich zu nehmen und trotzdem während Jahren, ja Jahrzehnten unbeirrbar an diesem Ausbau unserer Landesverteidigung festzuhalten –, so lange mindestens, als es wie heute den Anschein macht, dieser Schritt allein könne unsere Sicherheit im selben Maße erhöhen wie auch die Bedrohung gewachsen ist.

*

Die militärische Unabhängigkeit ist ein wertvolles Gut, da von ihr die politische Unabhängigkeit weitgehend abhängt. Allerdings keines, das um jeden Preis aufrechterhalten werden muß, selbst wenn die Sicherheit des Landes darunter leidet. Die militärische Unabhängigkeit darf unseres Erachtens aber erst dann aufgegeben werden, wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind, eine schweizerische Strategie zu verwirklichen, die Aussicht besitzt, unsere Ziele zu gewährleisten. Erschöpft sind diese Möglichkeiten aber noch lange nicht! Die besondere Lage unseres Kleinstaates in einer nach wie vor ungefestigten Welt macht es nicht nur notwendig, sondern gleichzeitig auch möglich, ihn in seiner Eigenart gegenüber äußerem Druck zu bewahren. Politisch werden wir nach wie vor unsern bescheidenen Beitrag leisten, die Spannungen zu vermindern; militärisch stellt sich uns die große Aufgabe, das, was wir sein und bleiben wollen, zu garantieren. Wir werden dabei aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfen, sondern wir haben die Herausforderung des Atomzeitalters anzunehmen.

Es gibt nicht viele Wege, um unsern Zielen nahe zu kommen: Sich mit andern zusammenschließen oder sich auf Grund eigener Anstrengungen die Unabhängigkeit für die nächsten Jahrzehnte zu sichern suchen, sind die Alternativen unserer Generation. Wir haben zu wählen! Der letzte Weg ist wohl der unbequemere. Er ist unseres Erachtens aber derjenige, der nicht nur unserer Tradition, sondern auch einem in die Zukunft weisenden politischen Willen entspricht.

[9] a. a. O., p. 223.

AUS AUSLÄNDISCHER MILITÄRLITERATUR

Eine neue strategische Autostraße in der Sowjetunion

Wie die «Prawda» vom 23. Februar 1964 berichtet, ist mit dem Bau der neuen Autostraße Moskau–Wolgograd (Stalingrad) begonnen worden. Es handelt sich um eine modern ausgebaute, 1000 km lange Autostraße, die von der Kaschira-Chaussee über Skopin, Mitschurinsk und Tambow nach Wolgograd führt. Die ersten Kilometer sind schon fertiggestellt. Über den Fluß Oka wird eine 620 m lange Brücke gebaut. Da die Ortschaften umfahren werden, sind auf der kreuzungsfreien Autostraße Geschwindigkeiten von 120 km/h vorgesehen.

Der strategische Charakter dieser Autostraße ist unverkennbar, entsteht doch dadurch eine zusätzliche Verbindung in südlicher Richtung (Erdölquellen im Kaukasus und am Kaspischen Meer) und in östlicher Richtung (landwirtschaftliche Gebiete in Kasachstan und Industriewerke in Sibirien). gb